



Infrastrukturbedarfe für den ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns

**Ergebnisse der Besucherbefragung auf der
Mecklenburgischen Landwirtschaftsausstellung 2008**

Infrastrukturbedarfe für den ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns

**Ergebnisse der Besucherbefragung auf der
Mecklenburgischen Landwirtschaftsausstellung 2008**

Erstellt von:

Hannes Ickert, Claudia Neu und Marlen Schröder

Unterstützt durch das
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz
Mecklenburg-Vorpommern

Rostock, März 2009

Kontaktadressen:

Dr. Claudia Neu
Johann Heinrich von Thünen-Institut
Bundesforschungsinstitut für
Ländliche Räume, Wald und Fischerei
Bundesallee 50
38116 Braunschweig
0531-5965225
claudia.neu@vti.bund.de

Hannes Ickert
Hauptstraße 4
18230 Biendorf
0162-8991550
hannes.i@web.de

Marlen Schröder
Fritz-Reuter-Straße 34
18057 Rostock
0381-2036683
marlen@inspected.de



Quelle Titelbild: Pressefoto Angelika Lindenbeck

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	5
Einleitung	6
Soziodemographische Merkmale der Befragungsteilnehmer	7
Prioritätensetzung bei den Daseinsvorsorgebereichen	8
Anmerkungen der Befragungsteilnehmer	14
Schlussbetrachtung	15

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Prioritäten der Daseinsvorsorge (in Prozent)	9
Abbildung 2: Prioritäten der Daseinsvorsorge nach Geschlecht (in Prozent)	10
Abbildung 3: Prioritäten in Abhängigkeit vom Beschäftigungssektor (in Prozent)	11
Abbildung 4: Sonstige Anmerkungen (absolute Zahlen)	14

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Altersverteilung der Befragten	7
Tabelle 2: Geschlechterverteilung nach Altersgruppen	7
Tabelle 3: Prioritäten der Daseinsvorsorgebereiche	8
Tabelle 4: Prioritäten der Daseinsvorsorge nach Altersgruppen (in Prozent)	12

Zusammenfassung

Im Rahmen der 18. Fachausstellung für Landwirtschaft und Ernährung, Fischwirtschaft, Forst, Jagd und Gartenbau (MeLa) wurden 812 Besucher der Messe befragt, in welchen Bereichen der ländlichen Infrastruktur sie persönlich aktuell und für die Zukunft dringenden Handlungsbedarf sehen.

Insbesondere die Bereiche der sozialen Infrastruktur und der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) sind für die Befragten von großer Relevanz. Bei fast Zweidrittel der Umfrageteilnehmer steht die Sorge um die zukünftige ärztliche Betreuung im Vordergrund. Beinahe die Hälfte sieht Bedarf bei der Kinderbetreuung (45 %) im ländlichen Raum. Nach Ansicht von jeweils einem Drittel der Befragten benötigen die Dörfer in Mecklenburg-Vorpommern besonders den ÖPNV (34 %) und Schulen (33 %).

Bei den Besuchern der MeLa handelt es sich um eine Personengruppe, die traditionell im ländlichen Raum beheimatet und überdurchschnittlich häufig im primären Sektor beschäftigt ist, sich darüber hinaus mit dem ländlichen Lebensstil identifiziert und auch (zukünftig) dort leben möchte. Die Befragten zeichnen sich, so die These, durch hohe Bleibegründe/-zwänge (Besitz, Arbeit, Lebensstil) aus. Das bedeutet aber auch, dass sie in besonderem Maße auf die vorhandene Infrastruktur im ländlichen Raum angewiesen sind. Nun sehen die Befragten allerdings die eigene Zukunft wie auch die Zukunft der Kinder und Jugendlichen durch den Abbau der sozialen Infrastruktur (Ärztenotstand, Schulschließungen) und Einschränkungen beim ÖPNV in Gefahr.

Werden die von den Befragten artikulierten Bedarfe in Bezug auf die zukünftigen Aufgaben und Entwicklungen für die ländlichen Räume ernst genommen, so wird deutlich, dass die Herausforderungen für eine funktionsfähige und bedarfsgerechte Daseinsvorsorge nicht von einem Ministerium allein bewältigt werden können. Vielmehr bedarf es interministerieller Zusammenarbeit, mutiger innovativer Lösungen und ganzheitlicher Umsetzungskonzepte. Ein stärker abgestimmtes Vorgehen wird unerlässlich sein, um konterkarierende politische Strategien zu vermeiden und die Zukunft ländlicher Räume in Mecklenburg-Vorpommern zu sichern.

Einleitung

Die Zukunft der ländlichen Räume ist eine Thematik, die gegenwärtig stark im Fokus des öffentlichen Interesses steht. Die Folgen des demographischen Wandels, die Abwanderung vor allem junger Menschen sowie immer knapper werdende öffentliche Gelder haben bereits deutliche Spuren in den ländlichen Regionen hinterlassen. Dies wird insbesondere bei der Ausstattung mit Einrichtungen der Infrastruktur deutlich. Schließungen von Schulen, eingeschränkter ÖPNV und weite Wege zu Zentren gehören für die Bewohner ländlicher Gebiete ebenso zum Alltag wie Sorgen über die zukünftige Gewährleistung infrastruktureller Grundbedürfnisse.

Im Rahmen der 18. Fachausstellung für Landwirtschaft und Ernährung, Fischwirtschaft, Forst, Jagd und Gartenbau 2008 (MeLa) wurden die Besucher der Messe befragt, in welchen Bereichen der ländlichen Infrastruktur sie persönlich aktuell und für die Zukunft dringenden Handlungsbedarf sehen. Sie wurden gebeten, aus 14 Infrastrukturbereichen (Straßenbau, ärztliche Versorgung, Post etc.) die drei für sie wichtigsten Themen auf einer Karte anzukreuzen, einige soziodemographische Angaben zu ergänzen und bei Bedarf sonstige Anmerkungen zu notieren.¹

Insgesamt konnten 812 Karten vollständig ausgewertet werden. Bei den Teilnehmern der Befragung handelt es sich überwiegend um Bewohner ländlicher Kreise (nur 12% der Befragten gaben an, dass sie aus Rostock, Schwerin, Stralsund, Wismar oder Neubrandenburg stammen).²

¹ Diese Befragung ist an die Methode des Communal Need Assessment Survey, einer aus den USA stammenden und bisher in Deutschland wenig verwendeten Erhebungstechnik zur systematischen Versorgungsplanung und -gestaltung von Gemeinden angelehnt. In anglo-amerikanischen Ländern hat sich diese Methode als sehr hilfreich erwiesen, um (private und öffentliche) Bedarfe und Bedarfsdeckung abzugleichen. Darüber hinaus können mittels Community Need Assessments Prioritäten der Bevölkerung in Bezug auf geplante Ausgaben und Entwicklungen (z.B. für Sportplatz, Schule, etc.) ermittelt werden.

² Die Befragung ist nicht repräsentativ für die ländliche Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns, da lediglich interessierte Besucher nach dem Zufallsprinzip teilnahmen.

Soziodemographische Merkmale der Befragungsteilnehmer

Zunächst wurde die Altersverteilung der Befragten untersucht. Die folgende Tabelle verdeutlicht dabei die Verteilung in den verschiedenen Altersgruppen.

Tabelle 1: Altersverteilung der Befragten

Altersgruppen	Anzahl	Prozent
bis 18 Jahre	37	5
19-29 Jahre	126	16
30-45 Jahre	215	26
46-55 Jahre	181	23
56-65 Jahre	140	18
über 65 Jahre	99	12

n=798

Die Jugendlichen bis 18 Jahre sind mit 5 Prozent in die Befragung eingegangen und bilden damit die am geringsten besetzte Altersgruppe. Nach den Jugendlichen bilden die Personen über 65 Jahre mit 12 Prozent die zweitkleinste Altersgruppe. Fast die Hälfte der Befragten verteilt sich annähernd gleich auf die mittleren Jahrgänge (30-45 Jahre und 46-55 Jahre). Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich der ganz überwiegende Anteil der Befragungsteilnehmer im erwerbsfähigen Alter befindet.

Die Karten von 307 Männern (38 %) und 484 Frauen (62 %) konnten in die Auswertung einfließen. 21 Personen machten keine Angaben zum Geschlecht. Die folgende Tabelle veranschaulicht die Verteilung der befragten Männer und Frauen innerhalb der einzelnen Altersgruppen nach absoluten Zahlen sowie Prozenten.

Tabelle 2: Geschlechterverteilung nach Altersgruppen

	Männer		Frauen	
	absolut	Prozent	absolut	Prozent
bis 18 Jahre	17	46	20	54
19-29 Jahre	43	34	83	66
30-45 Jahre	85	40	128	60
46-55 Jahre	58	32	122	68
56-65 Jahre	56	41	82	59
über 65 Jahre	48	49	49	51
gesamt	307	38	484	62

n = 791

Prioritätensetzung bei den Daseinsvorsorgebereichen

In Bezug auf die Ausgestaltung der Infrastruktur in den ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns ergab die Auswertung der 812 Karten folgende Prioritätenliste hinsichtlich der Daseinsvorsorgebereiche.

Tabelle 3: Prioritäten der Daseinsvorsorgebereiche

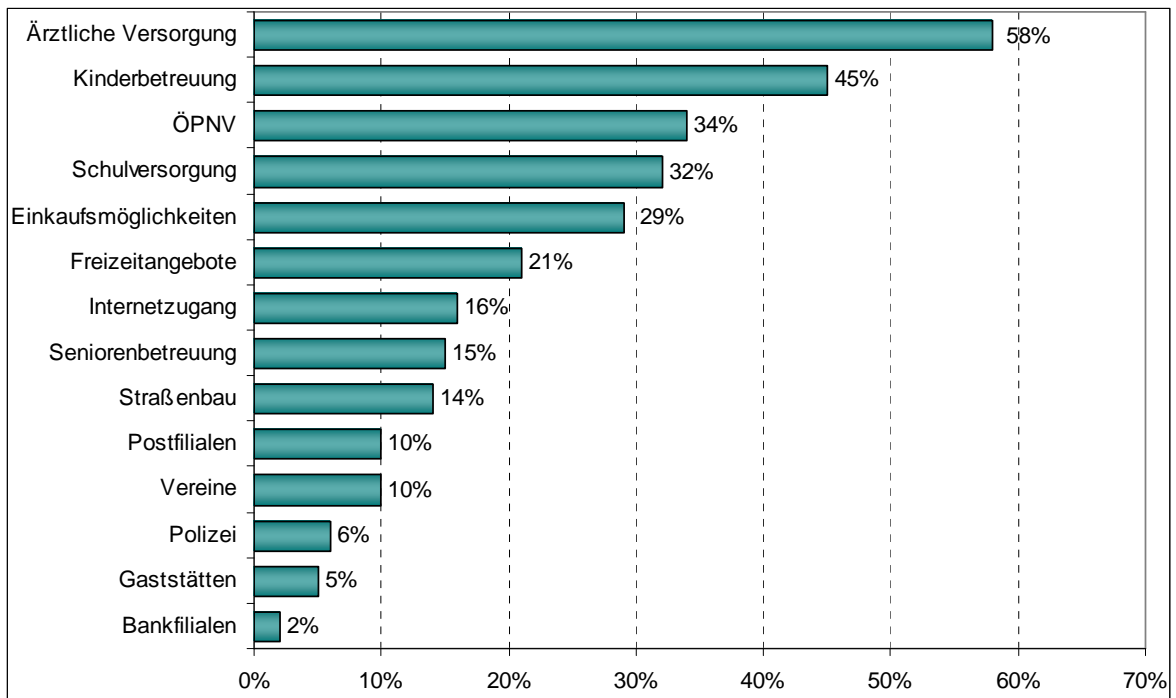
Platz	Bereich	Anzahl der Nennungen	Prozent
1	Ärztlich Versorgung	468	58
2	Kinderbetreuung	363	45
3	ÖPNV	274	34
4	Schulversorgung	258	32
5	Einkaufsmöglichkeiten	234	29
6	Freizeitmöglichkeiten	171	21
7	Internet	126	16
8	Seniorenbetreuung	125	15
9	Straßenbau	112	14
10	Post	83	10
11	Vereine	80	10
12	Polizei	46	6
13	Gaststätten	38	5
14	Banken	12	2

n = 812 (maximal drei Nennungen möglich)

Auf den ersten Blick fällt auf, dass die befragten MeLa-Besucher besonderen Handlungsbedarf vorwiegend in den Bereichen der sozialen Infrastruktur sehen. Eine Ausnahme bildet hierbei der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), als einzige technische Infrastruktur vertreten in den Top 5.

Die folgende Abbildung veranschaulicht die Rangfolge der angekreuzten Bereiche der Daseinsvorsorge noch einmal grafisch.

Abbildung 1: Prioritäten der Daseinsvorsorge (in Prozent)



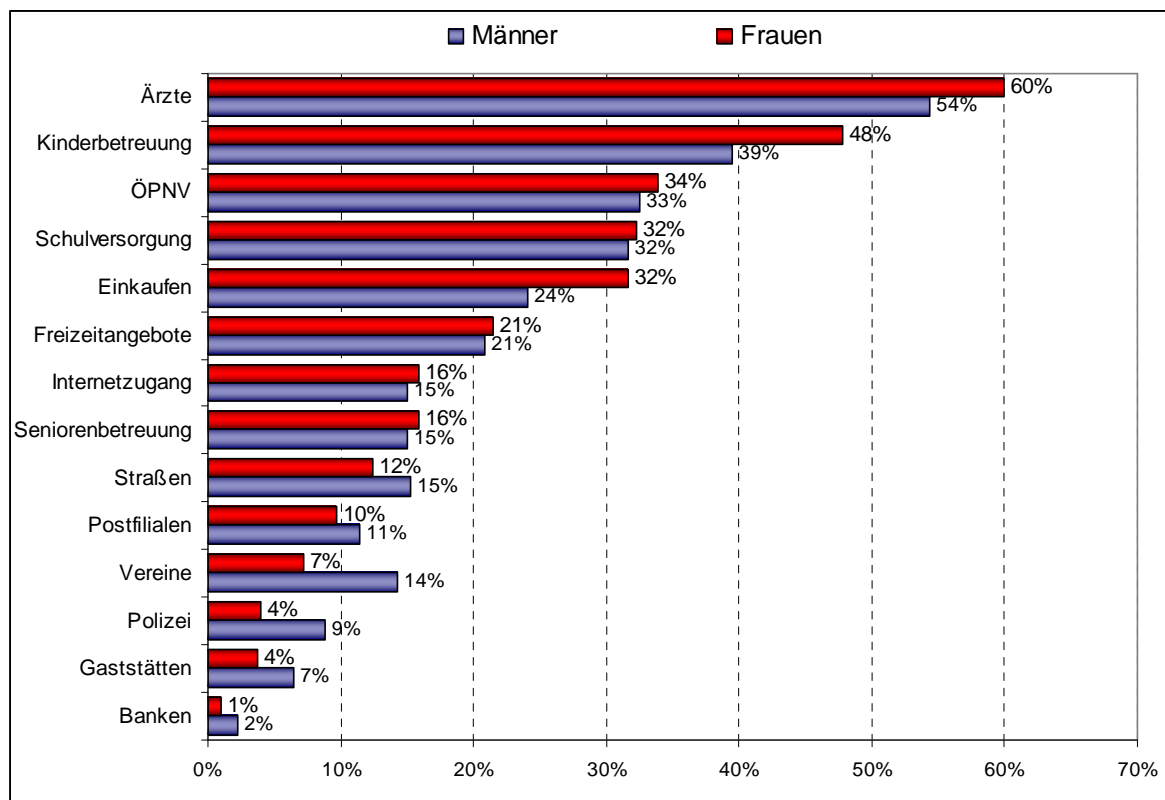
n = 812 (maximal drei Nennungen möglich)

Bei einer genaueren Betrachtung zeigt sich, dass die Sorge um die zukünftige ärztliche Versorgung bei den Befragten mit Abstand an erster Stelle steht. Fast 60 Prozent sehen besonderen Handlungsbedarf in diesem Bereich der Daseinsvorsorge. Beinahe die Hälfte legt Wert auf die Kinderbetreuung (45 %) im ländlichen Raum, fürchtet also möglicherweise weitere Schließungen von Kindertagesstätten. Nach Ansicht von jeweils einem Drittel der Untersuchungsteilnehmer benötigen die ländlichen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern des Weiteren ÖPNV (34 %) und Schulen (33 %). 29 Prozent der Befragten wünschen sich mehr Gelegenheiten zum Einkaufen. Die Einkaufsmöglichkeiten stehen damit an fünfter Stelle. Alle weiteren Bereiche sind deutlich seltener angekreuzt worden.

Prioritäten in Abhängigkeit vom Geschlecht

Zusätzlich wurde die Prioritätensetzung in Abhängigkeit vom Geschlecht betrachtet. Dabei ließen sich keine gravierenden geschlechtsspezifischen Unterschiede feststellen. Sowohl Männer als auch Frauen haben die Bereiche der Infrastruktur in eine fast identische Rangfolge gebracht. Deutliche Unterschiede gibt es nur in wenigen Bereichen. Frauen sorgen sich noch stärker als die Männer um die zukünftige ärztliche Versorgung. Ebenso wurden die Einkaufsmöglichkeiten und die Kinderbetreuung von den Frauen häufiger angekreuzt. Während fast die Hälfte der Frauen dringenden Handlungsbedarf bei der Kinderbetreuung sieht, sind es bei den Männern lediglich 39 Prozent. Andersherum spielen Vereine für Männer eine doppelt so große Rolle. Darüber hinaus fällt auf, wenn auch insgesamt von wenigen angekreuzt, dass Frauen sich anscheinend sicherer fühlen als Männer. Nur 4% der Frauen wünschen sich eine höhere Polizeipräsenz, aber immerhin 9% der Männer.

Abbildung 2: Prioritäten der Daseinsvorsorge nach Geschlecht (in Prozent)

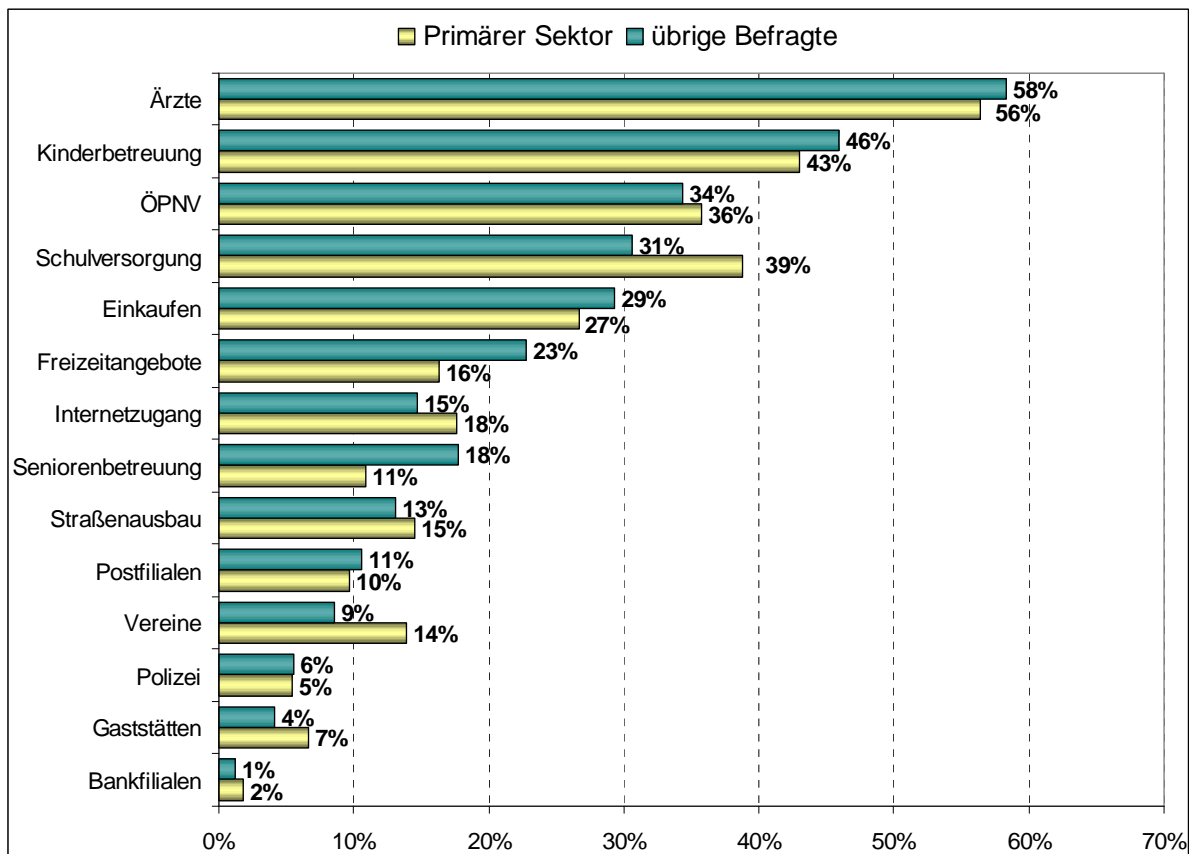


n = 791 (maximal drei Nennungen möglich)

Prioritäten in Abhängigkeit vom Beschäftigungssektor

Mithilfe der Angaben zu ihrem Beruf wurde eine Zuordnung der Befragungsteilnehmer zu den jeweiligen Wirtschaftssektoren vorgenommen. Dabei konnten rund 20 Prozent der Befragten (165 Personen) dem primären Sektor zugewiesen werden. Sie sind beispielsweise als Landwirte, Melker, Forstwirte oder Schäfer beschäftigt. Auch die im landwirtschaftlichen Bereich Beschäftigten zeigen in Bezug auf die Auswahl der Daseinsvorsorgebereiche keine grundlegend andere Struktur als die übrigen befragten MeLa-Besucher.

Abbildung 3: Prioritäten in Abhängigkeit vom Beschäftigungssektor (in Prozent)



n = 724 (maximal drei Nennungen möglich)

Ebenso wie bei den übrigen Befragten stufen die Beschäftigten im primären Sektor die ärztliche Versorgung mit 56 Prozent als dringendstes Handlungsfeld ein. Auch beim zweiten Platz gibt es keine Differenzen. Bei der Kinderbetreuung wird von allen Untersuchungsteilnehmern großer Handlungsbedarf gesehen (jeweils über 40 %). Auffällig ist, dass die in der Landwirtschaft Beschäftigten besonderen Wert auf die Verfügbarkeit von Schulen im ländlichen Raum legen. Mit 39 Prozent wurde dieser Bereich noch vor dem ÖPNV eingeordnet, der aber mit 36 Prozent weiterhin zu den wichtigsten Feldern der Daseinsvorsorge zählt. Des Weiteren haben die Befragten im primären Sektor häufiger die Internetversorgung und die Vereine angekreuzt. Für die übrigen Befragten sind dagegen die Seniorenbetreuung und die Freizeitmöglichkeiten von größerer Bedeutung.

Prioritäten in Abhängigkeit vom Alter

Ferner wurde die Prioritätensetzung der Daseinsvorsorgebereiche in Abhängigkeit vom Alter der Befragten untersucht. Die folgende Tabelle verdeutlicht die jeweils drei wichtigsten Bereiche in den unterschiedlichen Altersgruppen durch farbliche Abstufungen (1.Platz: rot, 2.Platz: orange, 3.Platz: gelb).

Tabelle 4: Prioritäten der Daseinsvorsorge nach Altersgruppen (in Prozent)

	bis 18 Jahre	19-29 Jahre	30-45 Jahre	46-55 Jahre	56-65 Jahre	über 65 Jahre
Ärzte	43	47	60	63	63	59
Kinderbetreuung	38	59	47	44	41	30
ÖPNV	22	29	35	39	31	34
Schulversorgung	30	40	40	30	23	20
Einkaufen	30	19	27	28	36	36
Freizeitangebote	46	29	17	19	19	16
Internetzugang	30	20	18	14	11	6
Seniorenbetreuung	0	13	11	13	26	25
Straßenausbau	11	14	15	14	10	15
Postfilialen	5	5	8	13	13	16
Vereine	27	8	10	8	9	10
Polizei	8	7	3	3	6	14
Gaststätten	8	5	2	6	5	6
Bankfilialen	0	1	2	0	2	3

Der Blick auf die Prioritäten in den verschiedenen Altersgruppen zeigt, dass insbesondere die Sorge um die ärztliche Betreuung nicht nur bei den älteren Bewohnern dominiert. Dieser Bereich der Infrastruktur wird von allen Altersstufen als sehr dringlich empfunden. Dies trifft fast gleichermaßen auf die Kinderbetreuung zu. Der höchste Wert ist hier bei den 19-29 Jährigen zu finden, wahrscheinlich dadurch begründet, dass in diesen Lebensabschnitt typischerweise die Phase der Familiengründung fällt. Lediglich bei den über 65-Jährigen rangiert die Kinderbetreuung nicht auf den vorderen drei Plätzen. Personen in diesem Alter sind meist nicht mehr direkt auf eine Kinderbetreuungseinrichtung angewiesen, sorgen sich aber möglicherweise um die Betreuung ihrer Enkelkinder.

Die Tabelle zeigt aber auch recht deutlich, dass der Handlungsbedarf nach altersgruppenspezifischen Interessen eingestuft wird. Für die Jugendlichen bis 18 Jahren stehen die Freizeitangebote an erster Stelle. Im Vergleich zu den anderen Altersgruppen nehmen zusätzlich die Internetversorgung und die Vereine einen höheren Stellenwert ein. Die älteren Befragten zeichnen sich durch ein höheres Sicherheitsbedürfnis aus (Polizei 14 %). Zudem sorgen sie sich häufiger um die Betreuung der Senioren im ländlichen Raum, da sie entweder bereits direkt betroffen sind oder vor dem Eintritt ins Rentenalter stehen.

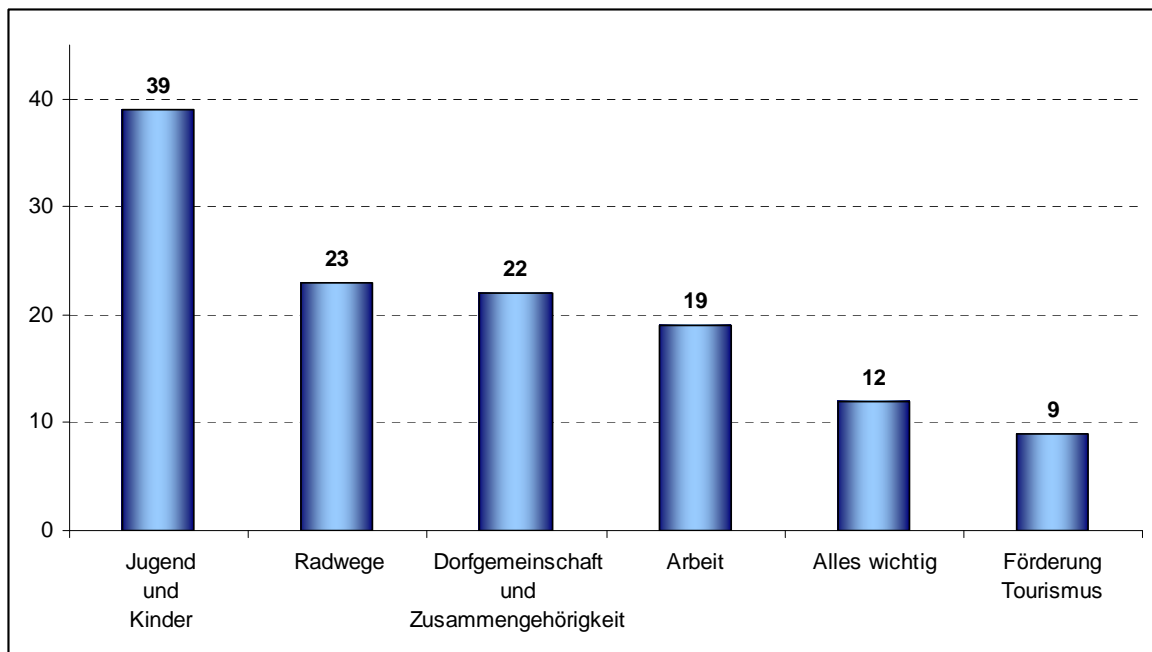
Wie bereits erwähnt spielt der ÖPNV über die Altersgrenzen hinweg eine wichtige Rolle. Auffällig ist jedoch, dass der größte Handlungsbedarf in diesem Bereich von der an sich mobilen Generation der 46-55 Jährigen wahrgenommen wird und nicht etwa wie vielleicht vermutet von den über 65 Jährigen. Personen zwischen 46 und 55 Jahren unterliegen möglicherweise einer Doppelbelastung. Zum einen müssen in diesem Alter häufig noch die Kinder zur Schule, zu einer Ausbildungsstätte oder zu außerschulischen Aktivitäten befördert werden. Zum anderen sind die eigenen Eltern vermutlich häufiger auf Hilfe angewiesen wenn sie beispielsweise Ärzte, Einkaufsgelegenheiten oder sonstige Einrichtungen erreichen müssen.

Keine große Überraschung lässt sich bei Betrachtung der Schulversorgung erkennen. Dieser Bereich stellt gerade für Personen mit Kindern im schulpflichtigen Alter einen wichtigen Aspekt dar (19 bis 45 Jahre). Auch die Tatsache, dass von den Jugendlichen bis 18 Jahre und den Älteren ab 56 Jahren ein gesteigerter Bedarf an Einkaufsgelegenheiten gesehen wird, war wohl zu erwarten. Denn eine Versorgung vor Ort ist insbesondere für Personen, die noch keinen Führerschein besitzen beziehungsweise zunehmend auf die Unterstützung Dritter angewiesen sind, von Bedeutung.

Anmerkungen der Befragungsteilnehmer

Zusätzlich zu den Ankreuzmöglichkeiten bei den vorgegebenen Daseinsvorsorgebereichen hatte jeder Teilnehmer die Möglichkeit in einem freien Feld, auf der Rückseite der Karte, sonstige Wünsche oder Anmerkungen zu notieren (Mehrfachnennungen waren möglich). Davon machten knapp 20 Prozent der Befragten (161 Personen) auch tatsächlich Gebrauch. In der folgenden Abbildung sind die sechs Themenbereiche dargestellt, welche am häufigsten von den Befragten benannt wurden. Dabei ergab sich folgende Reihenfolge:

Abbildung 4: Sonstige Anmerkungen (absolute Zahlen)



Am häufigsten machten sich die Befragten zusätzlich Gedanken über Themen rund um Kinder und Jugendliche. Insbesondere das Angebot an Freizeitmöglichkeiten, die Schaffung beziehungsweise der Erhalt von Jugendklubs und Spielplätzen sowie die generelle „Absicherung der jüngeren Generation“ standen dabei im Vordergrund. Des Weiteren wünschen sich viele Befragte mehr Radwege in ihrem wohnortnahen Umfeld. Häufig sehnen sich die Untersuchungsteilnehmer auch nach einer aktiveren Dorfgemeinschaft und einem verbesserten Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Dörfer und Gemeinden. Nach Ansicht der Befragten ist es für den ländlichen Raum in Zukunft ebenfalls wichtig, dass vorhandene Arbeitsplätze gesichert und weitere geschaffen werden. Einigen waren die drei Ankreuzmöglichkeiten schlichtweg zu wenig. Aus diesem Grunde notierten sie, dass alle Bereiche der Daseinsvorsorge wichtig wären oder wenigstens eine weitere Einrichtung der Infrastruktur aus der vorgegebenen Auflistung. Ebenso sehen einige der Befragten Handlungsbedarf bei der Förderung des ländlichen Tourismus. Dabei geht es ihnen weniger um die Errichtung großer Freizeitzentren, sondern vielmehr um die Nutzung der vorhandenen Naturressourcen.

Abschließend lässt sich sagen, dass es sich bei den Besuchern der MeLa um eine Personengruppe handelt, die traditionell im ländlichen Raum beheimatet und überdurchschnittlich häufig im primären Sektor beschäftigt ist, sich darüber hinaus mit dem ländlichen Lebensstil identifiziert und auch (zukünftig) dort leben möchte. Die Befragten zeichnen sich, so die These, durch hohe Bleibegründe/-zwänge (Besitz, Arbeit, Lebensstil) aus, das bedeutet aber auch, dass sie in besonderem Maße auf die vorhandene Infrastruktur im ländlichen Raum angewiesen sind. Nun sehen die Befragten allerdings die eigene Zukunft wie auch die Zukunft der Kinder und Jugendlichen durch den Abbau der sozialen Infrastruktur (Ärztelotstand, Schulschließungen) und Einschränkungen beim ÖPNV in Gefahr.

Schlussbetrachtung

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die befragten MeLa-Besucher, ähnlich wie in der Galenbeck Studie³ oder der Studie „Lebendige Dörfer“⁴, besonderen Handlungsbedarf in den Bereichen der sozialen Infrastruktur und beim ÖPNV sehen. Dabei steht die Sorge um die ärztliche Versorgung deutlich im Vordergrund. Aber auch die Belange der jungen und zukünftigen Generationen im ländlichen Raum werden von den Befragten als besonders wichtig erachtet.

Die ärztliche Versorgung erscheint den Befragten das dringendste Problem zu sein. Diese hohe „Alarmbereitschaft“ ist sicher nicht allein auf verstärkte Medienberichterstattung⁵ zurückzuführen, denn selbst der aktuelle Datenreport 2008 des Statistischen Bundesamtes stellt fest: „Ein bedeutendes Problem stellt der Ärztemangel dar, da in ländlichen Räumen geringerer Dichte 2004 etwa 774 Einwohner pro Arzt versorgt werden mussten. Die Einwohnerdichte beträgt dabei in Ostdeutschland nur 57 Personen pro Quadratkilometer (83 in Westdeutschland), und die Zahl der Allgemeinärzte sank von 1995 bis 2004 stärker als in anderen Regionen (-11 % Ost, -2 % West)“.⁶ Der Fachärztemangel bleibt hierbei noch unerwähnt. So ist davon auszugehen, dass die kritische ärztliche Versorgung für die meisten Befragten wohl bereits Realität ist oder zumindest für die Zukunft erwartet wird.

³ Claudia Neu, Hannes Ickert, Marlen Schröder u.a. 2007: Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck, hrsg. vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin.

⁴ Stöber, Silke 2006: Lebendige Dörfer in Brandenburg. Bürgerbeteiligung im Alltag. Ergebnisse einer Bürgerbefragung in 5 Dörfern. Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Endbericht, Berlin.

⁵ z.B. Nils Husmann: Wenn bloß alles so gut wäre wie der Blutdruck, Chrismon 2/2009.

⁶ Statistisches Bundesamt 2009: Datenreport 2008, S. 327.

In den vergangenen Jahren ist viel unternommen worden, um mehr junge Ärzte in die ländlichen Gebiete zu „locken“, ohne dass bisher von nennenswerten Erfolgen gesprochen werden könnte. Nach einer Erprobungsphase dieser neuen Konzepte (Landarztausbildung in Greifswald, Schwester AGnES, angestellte Ärzte u.a.) ist wohl damit zu rechnen, dass sich mit Verzögerung auch ein gewisser Erfolg einstellen wird. Doch gleichzeitig offenbart der Ärztemangel, dass nicht allein die wenig erfreuliche Bezahlung und die hohe zeitliche Belastung in Landarztpraxen ein Problem ist, sondern, dass das Fehlen sozialer und kultureller Infrastruktur – ja vielleicht lässt sich sogar sagen, das Fehlen eines bürgerlichen Milieus – potentielle Ärztinnen und Ärzte vom Umzug nach Mecklenburg-Vorpommern abhält. Denn auch Ärzte sind (zukünftige) Eltern, die Kindergartenplätze und gute Schulen in erreichbarer Nähe für ihre Sprösslinge wünschen. Wo aber bereits Pastoren, Schulleiter und andere Ärzte vermisst werden, da fällt es schwer, sich eine Freizeit unter Gleichgesinnten auch nur vorzustellen.

Sehen bei der Schul- und Betreuungsinfrastruktur auch alle Befragten erhöhten Handlungsbedarf, so fällt doch auf, dass besonders die Beschäftigten im primären Sektor Wert auf diese Angebote legen. Bei diesen Beschäftigten mag der Gedanke einer gesicherten Zukunft für die junge und zukünftige Generation stärker ausgeprägt sein, denn sie sind in besonderer Weise durch Beruf und häufig Bodenbesitz mit dem ländlichen Raum verbunden. Aus diesem Grunde sind sie und ihre Kinder in besonderem Maße auf die vorhandene Infrastruktur im ländlichen Raum angewiesen. Abwanderung kommt wohl für die wenigsten Befragten aus dem Primären Sektor augenblicklich selbst in Betracht, doch der Wegzug ihrer Kinder könnte den qualifizierten Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft in den kommenden Jahren weiter verschärfen.

Ob die Schließungspolitik im Schulbereich – insbesondere für den ländlichen Raum – der Weisheit letzter Schluss ist, lässt sich angesichts der Ergebnisse des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) bezweifeln. Kann doch in Modellrechnungen gezeigt werden, dass die Einsparungen für Lehrpersonal, Schulleitung und Gebäude durch den Mehraufwand für den Schülertransport aufgezehrt werden können.⁷ Sicher ist aber, dass die Schulschließungen in der ländlichen Bevölkerung für Verunsicherung und Unmut gesorgt haben. Die Ergebnisse der Befragung belegen dies eindrucksvoll.

⁷ Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2007: Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge, MORO-Informationen 2/2, S. 8f.

Über den ÖPNV in ländlichen Räumen wird neben dem Ärztemangel augenblicklich mit am häufigsten diskutiert und nach bedarfsgerechten Lösungen gesucht. Dabei scheint gerade die Situation des ÖPNV von einem Paradoxon bestimmt: Ist das ÖPNV-Angebot in entlegenen Regionen in der Tat fast völlig auf den Schülerverkehr reduziert worden, so scheint doch zeitgleich auch in Folge hoher Motorisierung fast niemand den „Landbus“ mehr zu benötigen. Möglicherweise zeigt sich in dem von den Befragten geäußerten Wunsch nach mehr ÖPNV in ländlichen Räumen nicht unmittelbar der Wunsch nach einem Mehr an liniengeführten Bussen (die dem modernen Mobilitätsverhalten wie hoher Führerschein- und PKW-Besitz auch nicht mehr entsprechen), sondern sie spiegeln die Sorge wider, dass die Teilhabe- und Zugangschancen der ländlichen Bevölkerung an den gesellschaftlichen Entwicklungen immer weniger gewährleistet werden. Der ÖPNV ist stets das Bindeglied zwischen Stadt und Land gewesen, der Integrationsmotor, der die ländliche Bevölkerung an die Errungenschaften der städtischen Moderne angeschlossen hat. Nun jedoch droht die Verbindung zu den gesellschaftlichen Wohlstandsentwicklungen abzureißen und die Bevölkerung abgekoppelt zu werden.

Liniengeführte Busverbindungen sind sicher nicht mehr die eine Lösung für die Situation des ÖPNV in entlegenen ländlichen Räumen. Vielmehr könnte durch die Lockerung rechtlicher Rahmenbedingungen (im Bereich des Personenbeförderungsgesetzes) Raum für mehr Bürgerbeteiligung geschaffen werden, so dass alternative Angebotsformen wie Ruftaxis oder Bürgerbusse attraktiver werden.

Insgesamt stimmen die Ergebnisse doch recht nachdenklich, denn die Sorge um die Gesundheitsversorgung, die Kinderbetreuung und Beschulung sind Ausdruck eines wenig optimistischen Blicks auf die zukünftige Lebensgestaltung in den ländlichen Räumen Mecklenburg-Vorpommerns. Aber gerade diese Bereiche der sozialen und kulturellen Infrastruktur stehen selten im Fokus der politischen Debatten. Stattdessen liegt der Schwerpunkt traditionell auf materiellen Infrastrukturen wie z.B. den Wasser- und Abwasseranlagen, dem Straßenbau und neuerlich den Defiziten in der Breitbandversorgung. Auch die Investitionen in Schulen, Jugendklubs und KiTas sind überwiegend baulicher Art. Die Unterstützung von Initiativen oder Vereinen wird dagegen häufig – im Rückgriff auf das demographische Argument – zurückgefahren. Doch Investitionen in die soziale und kulturelle Infrastruktur sowie in bürgerschaftliches Engagement sind ertragreiche Investitionen in die Zukunft. Ehrenamtliches Engagement darf darüber hinaus keineswegs als Instrument der Kosteneinsparung verstanden werden.

Um Lösungsansätze für eine zukunftsorientierte Daseinsvorsorge zu entwickeln, dürfte es hilfreich sein, die Aufmerksamkeit stärker auf die gesellschaftliche Teilhabe als auf die räumliche Verteilung der Infrastrukturen zu lenken. Sonst besteht die Gefahr, in deren Qualitätsstandards, Organisationsstrukturen und technischen Lösungen gefangen zu bleiben. Im Raum steht die Frage nach den entscheidenden Kriterien für die zukünftige Gestaltung der Daseinsvorsorge. Bei der Beantwortung dieser Frage muss die Lebensqualität der ländlichen Bevölkerung an erster Stelle stehen. Bisher gibt es allerdings wenige Ansätze, die vermuten lassen, dass sich die Veränderungen in der Daseinsvorsorge tatsächlich an den Bedarfen der ländlichen Bewohner orientieren.⁸

Werden die von den Befragten artikulierten Bedarfe in Bezug auf die zukünftigen Aufgaben und Entwicklungen für die ländlichen Räume ernst genommen, so wird deutlich, dass die Herausforderungen für eine funktionsfähige und bedarfsgerechte Daseinsvorsorge nicht von einem oder zwei Ministerien allein bewältigt werden können. Offensichtlich wird Handlungsbedarf in den verschiedensten Kompetenzbereichen gesehen, die sowohl das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur oder das Ministerium für Soziales und Gesundheit betreffen als auch das Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung sowie das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern. Es scheint, dass zu selten die starken Interdependenzen zwischen den einzelnen Politiken beachtet und aufeinander abgestimmt werden. So können die Bemühungen um die Anwerbung eines Arztes für eine vakante Landarztpraxis allein dadurch konterkariert werden, dass eben der Kindergarten oder die wohnortnahe Grundschule geschlossen worden sind. Vielmehr bedarf es interministerieller Zusammenarbeit, mutiger innovativer Lösungen und ganzheitlicher Umsetzungskonzepte. Ein stärker abgestimmtes Vorgehen wird unerlässlich sein, um konterkarierende politische Strategien zu vermeiden und die Zukunft ländlicher Räume in Mecklenburg-Vorpommern zu sichern.

⁸ Beetz; Stephan/Neu; Claudia 2009: Lebensqualität und Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum, Deutsche Gesellschaft für Demographie, im Erscheinen.